**Bericht des Ausschusses für öffentliche
Wohlfahrt betreffend das Landesgesetz, mit dem
das O.ö. Leichenbestattungsgesetz 1985 geändert
wird (O.ö. Leichenbestattungsgesetz-Novelle 1995)**

(Landtagsdirektion: L-257/5-XXIV)

A. Allgemeiner Teil

I. Anlaß und Inhalt dieses Landesgesetzes:

Nach dem O.ö. Leichenbestattungsgesetz 1985, LGBI.Nr. 40, in der Fassung der Leichenbestattungsgesetz-Novelle 1993, LGBI.Nr. 84, sind Herzschrütmacher in allen Fällen (ohne Berücksichtigung der Bestattungsart) im Rahmen einer Obduktion zu entfernen (§ 6 Abs. 3, § 7 Abs. 3, § 10 Abs. 1, § 11 Abs. 3 und 4).

Die Entnahmepflicht soll nunmehr auf die Feuerbestattung eingeschränkt werden und nicht mehr zwingend eine Obduktion nur zum Zweck der Entnahme des Herzschrütmachers erfordern.

II. Kompetenzgrundlagen:

Das Leichen- und Bestattungswesen ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 12 B-VG ausdrücklich von der Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung und Vollziehung hinsichtlich des Gesundheitswesens ausgenommen. Die Zuständigkeit des Landes zur Gesetzgebung ergibt sich daher aus Art. 15 Abs. 1 B-VG.

III. Kosten:

Ein finanzieller Mehraufwand ist nicht zu erwarten. Durch die Einschränkung auf die Entnahme von Herzschrittmachern ohne Obduktion der Leiche und nur in den Fällen der Feuerbestattung werden vielmehr die Kosten für die Gemeinden und das Land verringert werden. Die Gemeinden hatten bisher die Kosten für den Obduktionsgehilfen und für die Überführung der Leiche in einen außerhalb der Gemeinde gelegenen Obduktionsraum zu tragen; das Land hatte die Kosten für den Obduzenten zu entrichten. Die Gemeinden werden nach der vorgesehenen Regelung die Kosten der Entnahme des Herzschrittmachers durch den Totenbeschauer zu tragen haben (vgl. § 20 O.ö. Gemeindesanitätsdienstgesetz).

IV. EU-Konformität:

Diesem Landesgesetz stehen keine Rechtsvorschriften des EWR oder der EU entgegen.

B. Besonderer Teil

Zu Art. I Z. 1 und 3 (§ 6 Abs. 3 und § 8 Abs. 1):

Die Entnahmepflicht soll nunmehr aus folgenden Gründen auf die Feuerbestattung eingeschränkt werden und nicht mehr zwingend eine Obduktion nur zum Zweck der Entnahme des Herzschrittmachers erfordern:

- a) In der Praxis hat sich gezeigt, daß die Entnahme von Herzschrittmachern bei Todesfällen außerhalb öffentlicher Krankenanstalten im Rahmen einer Obduktion durch den Obduzenten zu kosten- und zeitaufwendig ist und einen hohen Verwaltungsaufwand (Anzeige an die Bezirksverwaltungsbehörde und Anordnung der Obduktion durch die Bezirksverwaltungsbehörde) verursacht. Einer Anregung der Ärztekammer für Oberösterreich folgend, soll

daher der Herzschrittmacher schon im Zuge der Totenbeschau durch den Totenbeschauerarzt entfernt werden.

- b) Die Entfernung des Herzschrittmachers ist nicht in allen Fällen unbedingt erforderlich, sondern nur dann, wenn die Leiche in einer Feuerbestattungsanlage eingäschert wird. Hier besteht nämlich auf Grund der Hitzeeinwirkung die Gefahr der Beschädigung der Feuerbestattungsanlage durch Explosion des Herzschrittmachers. Ferner ist eine solche Explosion auch aus Pietätserwägungen - die Angehörigen beobachten verschiedentlich die Verbrennung der Leiche durch ein Beobachtungsfenster - wenig wünschenswert.

Der Totenbeschauer hat anlässlich der Totenbeschau festzustellen, ob sich in der Leiche ein Herzschrittmacher befindet. Wenn die Leiche eingäschert werden soll (dies hat der Totenbeschauer in geeigneter Weise, z.B. durch Befragung der Angehörigen zu eruieren), ist der Herzschrittmacher zu entnehmen (§ 6 Abs. 3). Im Totenbeschauschein ist die Tatsache, daß sich in der Leiche ein Herzschrittmacher befindet, anzuführen und die allenfalls erfolgte Entnahme zu bestätigen (§ 8 Abs. 1).

Für die Entfernung genügt ein oberflächlicher Hautschnitt. Eine Obduktion nur zum Zweck der Entnahme des Herzschrittmachers wird als nicht notwendig angesehen. Die Entfernung wird entsprechend den örtlichen Gegebenheiten in der nächstgelegenen Leichenhalle oder am Ort der Totenbeschau vorzunehmen sein. Bei der Entfernung ist auf die Wahrung der Pietät und Würde sowie auf größtmögliche Rücksichtnahme gegenüber den Hinterbliebenen Bedacht zu nehmen.

In der Verordnung der o.ö. Landesregierung über die Höhe der Totenbeschaugebühr, LGB1.Nr. 138/1991, wird ein Tarif für die Entfernung des Herzschrittmachers vorzusehen sein.

Bei der vorliegenden Regelung werden umweltrelevante Gesichtspunkte lediglich mitberücksichtigt; ein Eingriff in Bundeskompetenzen aus dem Titel der Luftreinhaltung oder des Abfallwirtschaftsrechts hinsichtlich gefährlicher Abfälle erfolgt nicht. Es wird darauf hingewiesen, daß die Entnahme von

Herzschrittmachern bei Feuerbestattung die Gefahr zusätzlicher toxischer Emissionen verringert. Ferner ergibt sich nach Ansicht des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie (Stellungnahme vom 14. März 1994, GZ. 10 4680/1-II/3/94) aus folgenden Gründen eine vernachlässigbare Größe der möglichen Umweltbelastung bei Erdbestattung bzw. Beisetzung in einer Gruft:

- "- In Herzschrittmachern kommen nahezu ausschließlich Lithiumjodid-Batterien zum Einsatz. Lithium und Lithiumjodid besitzen nur sehr geringe toxische Eigenschaften.
- Ein Herzschrittmacher wiegt zwischen 20 und 50 g, etwa zwei Drittel entfallen davon auf die Batterie. Daraus ergibt sich hinsichtlich der anfallenden Masse eine vernachlässigbare Größe.
- Die Batterie ist in ein Titangehäuse eingeschweißt und wird zusammen mit dem Elektronikteil abermals von einem Titangehäuse umgeben. Durch diese zweifache Titanhülle ist außerdem ein Langzeitschutz vor Korrosion gegeben."

Die Regelung des Eigentumsübergangs auf die Gemeinde gemäß § 6 Abs. 3 wurde bereits durch die O.ö. Leichenbestattungsgesetz-Novelle 1993, LGBl.Nr. 84, erlassen und ist somit keine Neuerung (es kann daher auf die diesbezüglichen Erläuterungen AB 229 BlgLT XXIV. GP, S. 3ff, verwiesen werden). Ein Eingriff in Bundeskompetenzen erfolgt durch das vorliegende Landesgesetz daher nicht. Absehen davon handelt es sich um eine Regelung zivilrechtlichen Charakters, die dem Landesgesetzgeber gemäß Art. 15 Abs. 9 B-VG zusteht: Die Regelung ist aus Pietätserwägungen erforderlich, da den betroffenen Personen nicht zusätzlich zu den mit einem Todesfall ohnehin verbundenen Belastungen auch noch das Problem der ordnungsgemäßen Beseitigung des Herzschrittmachers auferlegt werden soll. Überdies hat ein gebrauchter Herzschrittmacher im Grunde keinen Verkehrswert mehr.

Zu Art. I Z. 2, 4 und 5 (§ 7 Abs. 3, § 10 Abs. 1, § 11 Abs. 3):

Diese Bestimmungen sind im Hinblick auf die Tatsache zu ändern, daß die Entnahme des Herzschrittmachers nicht mehr im Zuge einer Obduktion erfolgt.

Zu Art. I Z. 6 (§ 20 Abs. 2):

Die Leiche darf nur dann eingäschert werden, wenn im Totenbeschauschein vermerkt ist, daß ein vorhandener Herzschrittmacher entfernt wurde.

Der Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt beantragt, der Hohe Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das O.ö. Leichenbestattungsgesetz 1985 geändert wird (O.ö. Leichenbestattungsgesetz-Novelle 1995), beschließen.

Linz, am 19. April 1995

Schreiberhuber
Obfrau

Stuchlik
Berichterstatterin

L a n d e s g e s e t z

VOM
mit dem das O.ö. Leichenbestattungsgesetz 1985 geändert wird
(O.ö. Leichenbestattungsgesetz-Novelle 1995)

Der o.ö. Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das O.ö. Leichenbestattungsgesetz 1985, LGBI.Nr. 40, zuletzt geändert durch das Landesgesetz LGBI.Nr. 84/1993, wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 3 lautet:

"(3) Der Totenbeschauer hat auch festzustellen, ob sich in der Leiche ein Herzschrittmacher befindet. Wenn die Leiche eingäschert werden soll, ist der Herzschrittmacher vom Totenbeschauer zu entfernen. Der Herzschrittmacher geht in das Eigentum der Gemeinde über, in der die Entnahme durchgeführt wurde."

2. § 7 Abs. 3 entfällt. Der bisherige Abs. 4 erhält die Bezeichnung "(3)".

3. Im § 8 Abs. 1 letzter Satz wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Wortfolge angefügt:

"sowie die Feststellung, ob sich in der Leiche ein Herzschrittmacher befindet und gegebenenfalls die durchgeführte Entnahme des Herzschrittmachers."

4. § 10 Abs. 1 letzter Satz entfällt.

5. § 11 Abs. 3 entfällt; die Abs. 5, 6 und 7 erhalten die Bezeichnung "(4)", "(5)" und "(6)"; der bisherige Abs. 4 erhält die Bezeichnung "(3)" und lautet:

"(3) Über jede Obduktion ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Obduktionsniederschrift hat die Feststellung der Identität des Obduzierten, die pathologischen Befunde an der Leiche und die Todesursache zu enthalten. Die Niederschrift ist vom Obduzenten zu unterzeichnen."

6. Im § 20 Abs. 2 wird der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Wortfolge angefügt:

"aus dem hervorgeht, daß ein eingesetzter Herzschrittmacher entfernt wurde."

Artikel II

Dieses Landesgesetz tritt mit dem seiner Kundmachung im Landesgesetzblatt für Oberösterreich folgenden Monatsersten in Kraft.